

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend eine Resolution für die Einsetzung eines "Föderalismus-Konvents"

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, einen "Föderalismus-Konvent" in Gang zu setzen, in welchem Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über eine umfassende Föderalismus-Reform diskutieren sollen.

Neben Mitgliedern des Oö. Landtages, der Oö. Landesregierung sowie des Oö. Städte- und Gemeindebundes sollen namhafte Rechtsexperten und auch Fachleute aus der Wirtschaft die Effekte eines modernen Föderalismus insbesondere auf das Bundesland Oberösterreich diskutieren und in der Folge einen konkreten Maßnahmen- und Forderungskatalog erarbeiten, der schließlich als Grundlage für weitere Verhandlungen mit dem Bund dienen soll.

Begründung

Das Thema Föderalismus ist in der aktuellen politischen Diskussion seit Monaten ausgesprochen präsent. Zwar hat die Frage der zweckmäßigen Verteilung der Verantwortung für Gesetzgebung und Vollziehung in Österreich seit jeher Wissenschaft und Politik gleichermaßen beschäftigt, so intensiv wie jetzt standen Schlagwörter wie "Subsidiarität", "Dezentralisierung" oder "Steuerautonomie" wohl noch nie im öffentlichen Diskurs.

Kern der Diskussionen ist in der Regel immer, in welchem Ausmaß die Aufgaben des Staates von den diversen Entscheidungsträgern wahrgenommen werden sollen, also welche der drei Gebietskörperschaften - Bund, Länder und Gemeinden – für welche Aufgabe verantwortlich sein soll.

Es gibt zahlreiche gute Gründe, die für eine stärkere Dezentralisierung, also eine Kompetenzverlagerung vom Bund hin zu Ländern und Gemeinden, sprechen.

So ist etwa unbestritten, dass viele Informationsflüsse in erster Linie vor Ort erfolgen. Die Kenntnis des realen Bedarfs, die Abstimmung auf die vorhandenen Bedürfnisse und die damit verbundene Möglichkeit einer regionalen Steuerung ermöglichen es, dass die entsprechenden Entscheidungen deutlich ziel- und lösungsorientierter erfolgen. Eine auf die Regionen zugeschnittene Politik ist also wirksamer, weil auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden kann.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass sich Länder mit ausgeprägten föderalen Strukturen wirtschaftlich besser entwickeln können. So hat etwa die Studie "Subsidiarität und Erfolg: Der Einfluss von Dezentralisierung auf die Wirtschaftsentwicklung" des Wirtschaftsforschungs- und Beratungsinstituts BAK Basel Economics AG im Auftrag der Versammlung der Regionen Europas ergeben, dass "Dezentralisierung einen signifikant positiven Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung von Ländern und Regionen hat: ein höherer Grad an Dezentralisierung führt in der Regel zu höherem Wirtschaftswachstum". Im Ergebnis sei die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sowohl kurz- als auch langfristig ein Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg.

Durch die Wahrnehmung zusätzlicher Gestaltungsverantwortung würden die einzelnen Gebietskörperschaften darüber hinaus in einen wirksamen und fördernden Wettbewerb treten. Denkbar ist dabei nicht nur ein Werben um den besten Wirtschaftsstandort, auch im Bereich der Bildung können föderale Strukturen durchaus wettbewerbs- und somit leistungsfördernd sein, wie Beispiele anderer Länder, etwa der Schweiz, zeigen.

Mehr Kompetenzen haben auch mehr Verantwortung zur Folge und bewirken mehr Eigeninitiative in den Ländern und Gemeinden.

Eine Voraussetzung für das Funktionieren stark ausgeprägter föderaler Strukturen ist das Zusammenführen der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung. Die Besorgung von Aufgaben und die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel sollte grundsätzlich in derselben Hand liegen. Dadurch würde auch der Focus dafür geschärft, mit den vorhandenen Mitteln sorgsam und maßvoll umzugehen.

Notwendig ist daher auch eine Diskussion darüber, wie und in welchem Ausmaß den Bundesländern bzw. auch Gemeinden eine Steuerhoheit eingeräumt werden kann. Eine eigene Abgabenautonomie hätte zweifelsfrei eine grundlegende Überarbeitung des festgefahrenen Finanzausgleichs zur Folge und würde die zahllosen Finanzströme zwischen den Gebietskörperschaften reduzieren. Darüber hinaus ergäbe sich die Chance für eine umfassende Bereinigung vorhandener Doppelgleisigkeiten.

Schließlich würde der Ausbau des Föderalismus die Entscheidungen näher zur Bevölkerung bringen - also zum eigentlichen Empfänger, dorthin wo sie tatsächlich wirksam werden. Als umgekehrter Effekt könnten die Bürger wieder mehr in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Eine höhere Partizipation würde nicht nur der immer größer werdenden Politikverdrossenheit aktiv entgegen wirken, sondern auch dafür sorgen, dass die politische Willensbildung dem demokratischen Prinzip folgend "von unten nach oben" erfolgt. Gerade in Zeiten zunehmender Bestrebungen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten zentralistisch auf europäischer Ebene bzw. Bundesebene zu konzentrieren, garantiert der föderale Weg mehr Teilhabe und Mitgestaltung durch die Bevölkerung.

Linz, am 24. September 2012

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Klinger, Schießl, Nerat, Povysil, Wall, Lackner, Mahr, Cramer